



Bürgerliche decken Sommarugas Zahlenspiel

Daniela Schneeberger unterliegt mit Antrag für mehr Kostenwahrheit



Wahrscheinlich viel höher. Trotz Flüchtlingskrise rechnet Simonetta Sommaruga 2016 mit bloss 24 000 Gesuchen und Kosten von 1,47 Milliarden Franken. Foto Keystone
Von Christian Keller, Bern

Im Gelärme der bevorstehenden Bundesratswahlen drohen andere wichtige Ereignisse im politischen Bern ins Abseits zu geraten. Dazu gehören auch die Beschlüsse der nationalrätlichen Finanzkommission zum Budgetvoranschlag für das Jahr 2016, welche gestern vor überschaubarer Medienzunft präsentiert wurden. Natürlich, das Thema mag ablöschend klingen. Und doch ist es für alle, die Steuern zahlen (müssen), von eminenter Bedeutung.

Besonderes Augenmerk verdienen die Ausgaben im Asylwesen. Mehrfach hat das Staatssekretariat für Migration seine Prognosen erhöht. Die Behörden weisen zwar gebetsmühlenartig darauf hin, dass die Entwicklungen an der

Flüchtlingsfront sehr volatil und kaum abschätzbar seien. Tatsache ist allerdings, dass im Oktober 4750 Asylgesuche registriert wurden und die Gesamtzahl der Anträge bis Ende Jahr wohl deutlich über 30 000 liegen dürfte.

Vor diesem Hintergrund muten die Zahlenspiele von Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga (SP) sonderbar an (die BaZ berichtete). Im Voranschlag des Bundesrates geht die Justizministerin davon aus, dass 2016 bloss 24 000 Asylsuchende in die Schweiz kommen. Basierend auf diesem Wert beantragt die Bernerin ein Jahresbudget von 1,47 Milliarden Franken. Bei allen Beteiligten ist unbestritten: Die tatsächlichen Kosten werden mit allergrösster Wahr-

scheinlichkeit viel höher ausfallen. Die Konsequenzen, die sich aus dieser Analyse ergeben – nämlich durch zusätzliche Sparmassnahmen den Bundesetat im Lot zu halten, etwa durch weitere Kürzungen beim Bundespersonal – will allerdings niemand tragen. Das zeigt der gestrige Tag.

Asylkosten Realitäten anpassen

Die spannende Frage lautete, ob die Finanzkommission des Nationalrats Sommarugas Zahlenstrass korrigiert – oder wie die Kollegen des Ständerats unangetastet lässt. In der Delegation der kleinen Kammer waren die Anstrengungen für mehr Kostenwahrheit beinahe geglückt. Ein Minderheitenantrag wollte die Bundespräsidentin zwingen, die erwarteten Asylgesuche für 2016 auf 30 000 zu erhöhen und das Budget um 180 Millionen auf 1,65 Milliarden Franken aufzustocken. Die Magistratin

wehrte sich entschieden dagegen. Mit sieben zu fünf Stimmen wurde das Begehren denn auch abgelehnt.

Bei den Beratungen der nationalrätlichen Finanzkommission stellte die Baselter Freisinnige Daniela Schneeberger dieselbe Forderung. Die Treuhänderin ist nicht nur einfaches Kommissionsmitglied, sie präsidiert auch die Oberaufsicht über Sommarugas Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD). Schneeberger geht es darum, mit der zur Tradition gewordenen Unart von Nachtragskrediten zu brechen. In vier der letzten fünf Jahre kam es im Asylwesen zu Budgetüberschreitungen. Im Jahr 2015 beträgt die Differenz satte 207 Millionen Franken. Geld, welches nachträglich vom Parlament bewilligt werden muss.

Doch auch Schneeberger vermochte

Datum: 21.11.2015

Basler Zeitung



Basler Zeitung / Berufs- & Weiterbildung.
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 53'498
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 4
Fläche: 41'437 mm²

sich nicht durchzusetzen: Mit 17 zu 7 Stimmen erlitt das neuerliche Bemühen, die Kosten der Migration realitätsgerecht abzubilden, deutlich Schiffbruch. «Politik ist das beständige Bohren dicker Bretter – ich bleibe dran», sagt sie. Immerhin sei man zur Übereinkunft gekommen, die Schätzmethoden der Bundesverwaltung zu überprüfen.

«Die Budgetplanung findet im Sommer statt und gilt als Richtwert. Es macht keinen Sinn, ständig Abänderungen vorzunehmen», erklärt Finanzkommissionspräsident Leo Müller das Festhalten an Sommarugas Asylprognosen.

Seine Position erstaunt. Letzte Woche hatte der Luzerner in der BaZ noch gesagt, dass «blind auf beiden Augen» ist, wer den Ausgabenanstieg bei der Migration nicht erkenne.

Angesichts seiner Parteizugehörigkeit ist der Schwenk weniger überraschend – Müller ist Mitglied der CVP.

Schweizer Bauern fahren Lobbysieg ein

Bern. Alle müssen sparen, nur die Bauern nicht: Dieses Fazit lässt sich aus den Beschlüssen der nationalrätlichen Finanzkommission (FKN) zum

Budget 2016 ziehen. Der Bundesrat hatte bei den Direktzahlungen den Sparhebel ansetzen wollen. Nun wird er von der FKN zurückgepiffen. Diese will die Direktzahlungen auf Vorjahresniveau (2,88 Milliarden Franken) belassen und erhöht den entsprechenden Posten deshalb um 61 Millionen Franken. Auch bei den Ausfuhrbeiträgen für Verarbeitungsprodukte wird mit 26 Millionen Franken nachgebessert. Entschieden wird aber letztlich das Parlament. In der nächsten Session ist mit einer hitzigen Debatte über die Bedeutung der Landwirtschaft zu rechnen. ck